

13

Beschlussantrag

des Gemeinderates Markus Ornig und weiterer Gemeinderatsabgeordneter

betreffend Erleichterungen für den Betrieb von Schanigärten

**eingebracht im Zuge der Debatte über Post 1 (Rechnungsabschluss
2019, Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales) in der 71.
Sitzung des Wiener Gemeinderats am 29. und 30.6.2020**

Wien steht angesichts der Corona-Krise vor enormen Herausforderungen: viele Betriebe kämpfen um ihre Existenz, die Arbeitslosigkeit erreicht Rekordniveau, knapp eine halbe Million Wienerinnen und Wiener sind arbeitslos oder in Kurzarbeit. Wir müssen alles dafür tun, die Wirtschaft in Wien wieder flottzumachen und dadurch die Arbeitslosigkeit wieder zurückzudrängen! Das Motto muss heißen: Entlasten, investieren, Zukunft sichern!

Trotz Lockerungsmaßnahmen stehen den Wiener Wirtinnen und Wirt(en) noch sehr harte Zeiten bevor. In Lokalen und in Gastgärten können durch die notwendigen Abstandsregeln deutlich weniger Gäste bewirkt werden als sonst üblich. Dieser Umstand wird den Wiener Gastronom_innen über Monate hin Umsatzeinbußen bringen und wirft für viele auch die Frage auf, ob sich der Betrieb überhaupt rechnet.

Die rot-grüne Stadtregierung hat den dringenden Handlungsbedarf spät aber doch auch erkannt und die rechtlichen Voraussetzungen für den teilweisen oder kompletten Verzicht auf Abgaben für Schanigärten geschaffen. Allerdings gibt es - entgegen der medialen Ankündigungen - keinen gänzlichen Verzicht auf die Einhebung der Gebühren bis Jahresende, sondern lediglich eine Reduktion bemessen an der Höhe der Ausfälle bzw. Einbußen. Aus Sicht von NEOS hat die Gastronomie im Jahr 2020 bereits genügend Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, daher soll die Stadt weitergehen und komplett auf die Gebrauchsabgabe für Schanigärten im Jahr 2020 verzichten. Darüber hinaus soll der Magistrat - wie mittlerweile auch von der Vizebürgermeisterin Birgit Hebein und der Wiener Wirtschaftskammer gefordert - Vorschläge ausarbeiten, um Schanigärten für den Krisenzeitraum unbürokratisch vergrößern zu können. Auch bei neuen Anträgen braucht es für das Krisenjahr 2020 unbürokratische Lösungen, um Wirt_innen ohne Gastgärten rasch zu unterstützen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat fordert den zuständigen Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales dazu auf, dem Gemeinderat ein Hilfspaket für die Wiener Gastronomie vorzulegen. Darin sollen Maßnahmen für den erleichterten Betrieb von Schanigärten, jedenfalls folgende Punkte

- genereller Verzicht auf die Gebrauchsabgabe für Schanigärten im Jahr 2020.
- Möglichkeiten zur unbürokratischen Erweiterung von bestehenden Schanigärten.
- unbürokratische und rasche Verfahren bei neuen Anträgen für Schanigärten für das Jahr 2020. enthalten sein.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 29.06.2020